

Gericht kippt Genehmigung für Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen

Ein US-Berufungsgericht erlaubt Arkansas die Durchsetzung eines Gesetzes, das Geschlechtsumwandlungsbehandlungen für Minderjährige verbietet.



Arkansas, USA - Ein US-Bundesberufungsgericht hat Arkansas die Durchsetzung eines Gesetzes zur Verbot medizinischer Behandlungen zur Geschlechtsumwandlung für Minderjährige erlaubt. Dieses Urteil, das eine frühere Entscheidung des Bundesbezirksgerichts unter Richter Jay Moody aufhebt, stellt einen bedeutenden Schritt in der Debatte um Geschlechtsidentität und medizinische Verfahren für Kinder dar. Das Gesetz, bekannt als „Save Adolescents From Experimentation“ (SAFE) Act, wurde 2021 vom Parlament in Arkansas verabschiedet und verbietet es Ärzten, Pubertätsblocker, gegengeschlechtliche Hormone oder

geschlechtsangleichende Operationen für Personen unter 18 Jahren zu verschreiben.

Das Berufungsgericht des 8. US-Gerichtsbezirks entschied mit 8 zu 2 Stimmen und fußte dabei auf einem Urteil des Supreme Court vom Juni, das ein ähnliches Verbot in Tennessee bestätigt hatte. Das Gericht stellte fest, dass Eltern kein verfassungsmäßiges Recht haben, für ihre Kinder Behandlungen in Anspruch zu nehmen, die ein Bundesstaat untersagt hat. Gouverneurin Sarah Huckabee Sanders bezeichnete das Urteil als „Sieg für den gesunden Menschenverstand – und für unsere Kinder“.

Umfassende rechtliche und medizinische Bedenken

Vor der neuen Entscheidung war das SAFE Act seit 2021 blockiert, nachdem vier Familien mit transgeschlechtlichen Minderjährigen und zwei Ärzte Klage eingereicht hatten. Diese Klage argumentierte, das Gesetz verletze die elterlichen Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren. Ein Bundesrichter hatte im Jahr 2023 der Klage stattgegeben und das Gesetz als diskriminierend und schädlich eingestuft. Die Entscheidung des Berufungsgerichts macht das Urteil dieses Bundesrichters jedoch rückgängig. Richterin Jane Kelly äußerte sich entgegen der Mehrheitsmeinung kritisch und wies auf den Mangel an Beweisen für den Kinderschutz durch das Verbot hin.

Die American Civil Liberties Union (ACLU) von Arkansas bezeichnete das Ergebnis als „tragisch ungerecht“ und plant, weiterhin für die Rechte transgeschlechtlicher Jugendlicher und ihrer Familien zu kämpfen. Im Rahmen dieser Debatte sind in den letzten Jahren auch die langfristigen Auswirkungen von Pubertätsblockern und gegengeschlechtlichen Hormonen zum Thema geworden. Berichte, wie beispielsweise von Do No Harm, zeigen, dass viele Kinder in Arkansas zwischen 2019 und 2023 Geschlechtsumwandlungsoperationen oder Behandlungen mit Pubertätsblockern erhielten.

Internationale Perspektiven und ethische Überlegungen

Die Diskussion über Trans-Identität bei Kindern und Jugendlichen findet nicht nur in den USA statt. Der Deutsche Ethikrat hat ebenfalls Empfehlungen veröffentlicht, die sich mit den ethischen Herausforderungen rund um die Behandlung von Minderjährigen in Bezug auf Geschlechtsidentität befassen. Dabei wird auf die besondere Verwundbarkeit der Kinder und Jugendlichen hingewiesen. Entscheidungen zu solchen Behandlungen können schwerwiegende und teils irreversible Folgen nach sich ziehen, weshalb eine sorgfältige Abwägung von Nutzen und Risiko dringend erforderlich erscheint.

In Deutschland fand eine öffentliche Veranstaltung statt, die darauf abzielte, den Dialog zwischen Betroffenen, Experten aus Medizin, Ethik und Recht zu fördern. Die steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die ihre geschlechtliche Identität im Widerspruch zur ihnen zugeschriebenen Geschlechtszugehörigkeit wahrnehmen, hat auch die Gesetzgeber in Bewegung gesetzt, die nach angemessenen medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten suchen.

In vielen Ländern haben Gesundheitseinrichtungen aus verschiedenen Gründen die Herausgabe von Pubertätsblockern zurückgefahren. In Schweden ebenso wie im Vereinigten Königreich wurden Schutzmaßnahmen eingeführt. Zudem hat die US-amerikanische FDA eine Warnung zu Pubertätsblockern herausgegeben, und finnische Studien deuten darauf hin, dass transgenerchirurgische Eingriffe oft nicht zu einer Linderung emotionaler und psychischer Probleme führen.

Diese komplexe Thematik zeigt, wie dringend ein ausbalancierter und auf evidenzbasierten Ansätzen beruhender Diskurs benötigt wird, um Minderjährige in ihrer Entwicklung zu unterstützen und gleichzeitig vor möglichen irreversiblen Schäden zu schützen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Arkansas, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• exxpress.at• familycouncil.org• www.ethikrat.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at